

## ENTSCHLIESSUNG

Die Landesregierung wird beauftragt, an die zuständigen Stellen im Bund heranzutreten, damit die Gemeinden in Verfahren nach dem Abfallwirtschaftsgesetz betreffend Bodenaushubdeponien zumindest im Rahmen einer Parteistellung ihre Interessen insbesondere im Hinblick auf örtliche Raumordnung und Verkehrsbelastung zum Schutz der Bevölkerung wirksam vertreten können.

Es wird beurkundet, dass der Tiroler Landtag diese EntschlieÙung in seiner Sitzung vom 6. Februar 2019 mit der verfassungsmäßigen Mehrheit beschlossen hat.

Die Landtagspräsidentin:

*Redl - Rossmann*  
(Sonja Ledl-Rossmann)  
